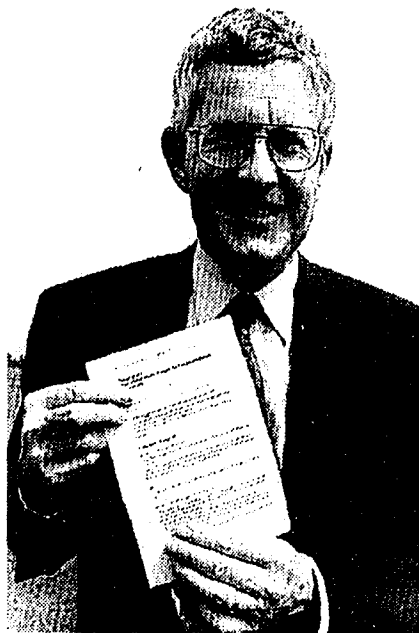


# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan    Telefon (075) 232 42 42    Fax Redaktion (075) 232 29 12    Fax Inserate (075) 232 95 46    Amtliches Publikationsorgan    80 Rp.

## AKTUELL

### TV-Ansprache zum Schweizer Blauhelmeinsatz



Der Schweizer Bundesrat Kaspar Villiger (Bild) wird heute Samstag in einer TV-Ansprache zum Artikel 3. über den Blauhelmeinsatz sprechen. (Bild: Keystone)

### Ogi lobt offene Aussprache mit Verkehrsministern

Montreux (AP) Der Schweizer Bundesrat Adolf Ogi hat am Freitag in Montreux sein gutes Einvernehmen mit den Verkehrsministern der Alpenländer betont. Er bekräftigte zum Abschluss des zweitägigen Treffens erneut den Willen der Schweiz, die NEAT rasch zu bauen und damit einen wesentlichen Beitrag an eine koordinierte Verkehrspolitik zu leisten. Das Verkehrsministerntreffen vom Donnerstag und Freitag in Montreux, an dem neben Ogi die Verkehrsminister von Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich teilnahmen, sei geprägt gewesen durch «ein gutes Einvernehmen und eine offene Aussprache». Dabei sei von allen Seiten die Bereitschaft zu spüren gewesen, den alpenquerenden Transitverkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlegen. Als vordringliches Vorhaben in diesem Zusammenhang gelte dabei der Bau der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) am Gotthard und am Lötschberg.

### Einreiseverbot für Milosevic und Karadzic gefordert

Bern (AP) Die Gesellschaft für bedrohte Völker verlangt ein Einreiseverbot für die serbischen Politiker Slobodan Milosevic und Radovan Karadzic in die Schweiz. Der Bundesrat soll gleichzeitig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bosnien-Herzegowina veranlassen, wie die Gesellschaft am Freitag in Bern forderte.

Diplomatische Initiativen der Schweiz seien dringend nötig, nachdem die UNO-Untersuchungskommission den Völkermord der Serben an bosnischen Muslimen bei Prijedor bestätigt habe, verlangte die Gesellschaft weiter.

## IMEX-AG

HIFI/Video/TV  
Multimedia

Landstrasse 110, FL-9495 Triesen  
Telefon: 075/392 34 88

Wir ziehen um

### Räumungsverkauf

10-40 %

bis 18. Juni 94

## «Modellstaat Liechtenstein» – auch für unsere Ausländer?

Umsetzung der Forderungen des «Forums Liechtenstein» in bezug auf die Integration der Ausländer – Einbürgerungen genügen nicht

(G. M.) – «Wir sollten den Ausländern in unserem Lande die Möglichkeit zur Assimilation, zur Identifikation und zur Einbürgerung geben.» Diese Forderung stellte das «Forum Liechtenstein» in ihrem Bericht über die Integration der Ausländer in Liechtenstein auf. Zur Diskussion steht erneut die Frage der erleichterten Einbürgerung der sogenannten «Alteingesessenen», die bereits in den siebziger Jahren für breite Erörterungen sorgte, aber bisher nicht konkret verwirklicht wurde.

Das «Forum Liechtenstein» fand bei der Befragung von in unserem Land wohnhaften Personen bei der Jugend die «negativsten Aussagen» in bezug auf die Zukunftsperspektiven, auf der anderen Seite aber auch die «hoffnungsvollste Aussage» über die Mitarbeit an einem «Modellstaat Liechtenstein». Wie steht dieser Modellstaat jedoch den Ausländern gegenüber? Reicht es aus, wenn nur die Frage der Einbürgerung bestimmter Kreise in die Diskussion miteinbezogen wird?

### Handlungsbedarf vorhanden

Der Bericht des «Forums Liechtenstein» deckte schonungslos auf, dass in verschiedenen Bereichen, insbesondere auch gerade in der Ausländer-Frage, in den vergangenen 10 bis 15 Jahren praktisch Stillstand auf der politischen Bühne herrschte.

Neben den restriktiven Zulassungsbestimmungen für ausländische Aufenthalter und ausländische Erwerbs-tätige hatte die Regierungspolitik offenbar keine Perspektiven für die Bewältigung von Problemen wie die Integration der nach Liechtenstein für eine Erwerbs-tätigkeit oder für eine Wohnsitznahme gekommenen Ausländer. Das Wort von Max Frisch, dass Ausländer geholt wurden, dann aber Menschen kamen, hat hier seine volle Berechtigung. Hinzuzufügen wäre noch, dass die mit diesen ausländischen Menschen zusammenhängenden Probleme kaum artikuliert wurden, so dass die Zusammenstellung der offenen Fragen durch das «Forum Liechtenstein» wie Neuland wirkt.

### «Modellstaat für Europa»

Wenn das Forum festhält, dass die Untersuchung gezeigt habe, dass sich die Jugendlichen in Liechtenstein «als die kritischste Gruppe gegenüber einer offenen Ausländer-Politik» darstelle, so muss nach dieser Feststellung nach der Integrationspolitik in den Schulen gefragt werden.

Was hat die Bildungspolitik in den letzten Jahren zu leisten vermocht, damit sich die Einstellung der jugendlichen Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner gegenüber den fremdsprachigen, vielleicht sogar aus einem anderen Kulturkreis stammenden Mitschülerinnen und Mitschülern änderte? Wieso reagiert die liechtensteinische Jugend, wie das Forum betont, beinahe reflexartig mit einer Abwehrhaltung gegenüber Ausländern?

Wie soll, so ist auf der anderen Seite zu fragen, der angesprochene «Modellstaat für Europa» aussehen – Modell für ein multikulturelles Zusammenleben mit vielfältigen Integrationsmöglichkeiten?

### Welche Schritte werden unternommen?

Nachdem sich in den vergangenen Jahren die Frage der Ausländer-Politik weitgehend in der Veröffentlichung von Statistiken und der Änderung von Zulassungsbedingungen (oder Zulassungsbeschränkungen) erschöpfte, sind nach der Veröffentlichung des Berichts des «Forums Liechtenstein» die verantwortlichen Behörden aufgefordert, konkrete Schritte zu unternehmen. Gleichzeitig mit der Aufarbeitung der Versäumnisse sollten jedoch auch Perspektiven für die Zukunft entwickelt werden, die etwas über die Einbürgerungsfrage hinausgehen. Ausländer-Politik darf sich nicht in administrativen Massnahmen verlieren, sondern muss aktiv in viele verschiedene Bereiche hineingreifen. Das «Forum Liechtenstein» hat den akuten Handlungsbedarf erkannt – nun kann auf die Reaktion der angesprochenen Kreise gewartet werden.

Siehe auch Interview mit Regierungschef-Stellvertreter Thomas Bichel auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

## Industriearchäologie als Ausstellung

Ersatzveranstaltung des Landesmuseums in der Spoerry-Fabrik

(G. M.) – Weil das liechtensteinische Landesmuseum noch für einige Zeit geschlossen bleibt, wurde als Ersatzveranstaltung das Ausstellungsprojekt «Fabriklerleben» verwirklicht, das in der Spoerry-Fabrik in Vaduz zu sehen sein wird. Die Regierung ersucht den Landtag um einen Kredit in Höhe von 100 000 Fr. als Landesbeitrag.

Die Gesamtkosten für das Projekt «Industriearchäologie und Anthropologie» werden sich auf 300 000 Fr. belaufen. Diese Kosten wollen sich das Land Liechtenstein, die Gemeinde Vaduz und der Kulturbeirat der Regierung zu je einem Drittel teilen. Die Stilllegung der Spoerry-Fabrik in Vaduz bietet nach Auffassung der Regierung einen günstigen Anlass, die Zeit der Industrialisierung in Liechtenstein für die Nachwelt aufzuarbeiten. Das zentrale Anliegen der Projektbetreibenden werde es ein-schreiben die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag, den Menschen des 19. Jahrhunderts, seinen Arbeitsplatz, seine Leistungen, seine Nöte und sein soziales Umfeld dem Besucher näherzubringen: «Die Menschen von heute sollen in verständlicher und anschaulicher Weise mit einem wichtigen Aspekt der jüngsten Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Liechtensteins vertraut gemacht werden.»

Die Ausstellungsbesucher sollen die Gelegenheit erhalten, nochmals in jene Räume zurückzukehren, in denen der Mensch, der kennengelernt werden will, gearbeitet hat. Die Geschichte der Fabrik und der maschinellen Baumwollproduktion – also die Industriearchäologie sowie die Geschichte des Menschen, der einen Teil seines Lebens darin verbracht hat – also Anthropologie – zu studieren. Die Ausstellung ist für den Sommer 1994 geplant.

Die Ausstellung soll im sogenannten «Ballenlager» der Spoerry-Fabrik stattfinden. Die Regierung spricht von einem «idealen Rahmen für die geplante Ausstellung», weil der Zentralbau in sich geschlossen sei und über eigene Zugänge verfüge. Die Einbauten für die Ausstellung werden mit dem «Leitner-System» erstellt, das von der Gemeinde Vaduz bereits 1989 angeschafft und für die Ausstellung über den Komponisten Rheinberger bereits zum Einsatz kam. Für die bevorstehende Ausstellung hat die Gemeinde Vaduz das Ausstellungssystem der Räumlichkeit entsprechend erweitert. Das Projekt «Fabriklerleben» soll nach Auffassung der Regierung einen wichtigen Beitrag zur Entscheidungsfindung zur künftigen Nutzung der Spoerry-Fabrik leisten.

## Weiterführung des Frauenhauses

Regierung unterbreitet dem Landtag Kreditantrag für 1994

(G. M.) – Das Frauenhaus Liechtenstein soll als Institution der Sozialhilfe weitergeführt werden. Die Regierung unterbreitet dem Landtag diesen Vorschlag und spricht sich für die Ausrichtung des bisherigen Förderungsbeitrags von 250 000 Fr. pro Jahr aus. Sie folgt damit einem früheren Beschluss, einen Betrag in dieser Höhe jährlich auszurichten.

Der Landtag beschloss 1991 die Ausrichtung eines Landesbeitrags von 250 000 Fr. für den Betrieb des Frauenhauses für die Dauer von drei Jahren. Das Frauenhaus entspricht einer Notwendigkeit, denn von Mai 1991 bis Ende 1993 haben nach Angaben der Regierung insgesamt 56 Frauen mit 82 Kindern – für unterschiedliche Zeiträume – im Frauenhaus gewohnt. Ursprünglich war eine durchschnittliche Belegung von 3 Frauen mit 6 Kindern angenommen worden, die bis jetzt allerdings nicht erreicht wurde: Die Auslastung betrug im Durchschnitt 47 % für das Jahre 1991, 39 % für das Jahr 1992 und 37 % für das Jahr 1993. Die Regierung wirft in ihrem Bericht an den Landtag aufgrund dieser Zahlen die Frage auf, ob das Frauenhaus nicht zu gross dimensioniert sei und ob nicht ein Betrieb mit kleinerer Infrastruktur und mit weniger Personal sich aufdränge.

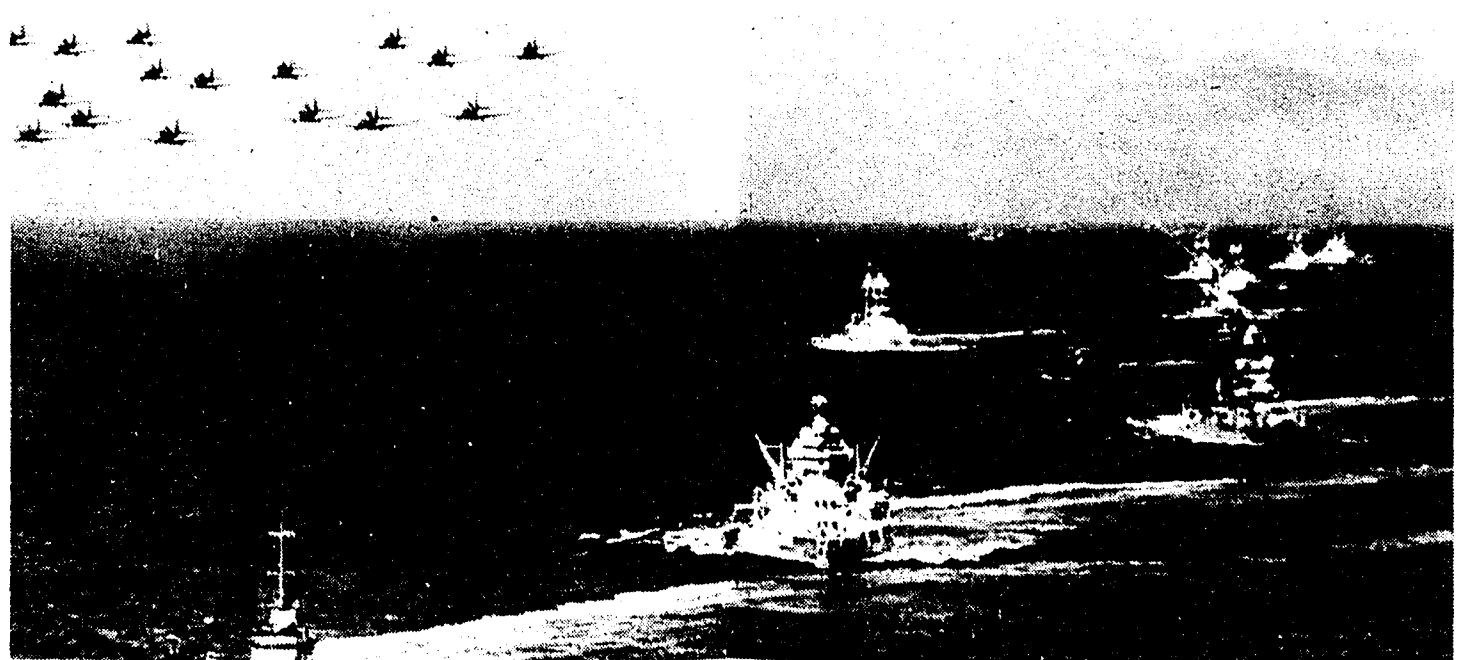
Von den 138 Personen, die während einiger Zeit im Frauenhaus Unterschlupf gefunden haben, hatten 44 oder 32 % den Wohnsitz in Liechtenstein, 94 Personen oder 68 % dagegen kamen aus der Schweiz. Von den Frauen und Kindern mit Wohnsitz in Liechtenstein waren nach Angaben der Regierung über die Hälfte Ausländer. Praktisch alle Frauen waren zum Zeitpunkt des Einzugs in das Frauenhaus verheiratet. Interessant ist gemäss dem Regierungsbericht die Frage, wohin die Frauen nach dem Aufenthalt im Frauenhaus gezogen sind: 55 % gingen demnach in eine eigene Wohnung, 27 % zurück zu ihrem Mann, 18 % fanden eine andere Lösung.

Die Finanzierung des Aufenthalts im Frauenhaus erfolgte zu 29 % durch die Frauen selber, zu 5 % durch den Ehemann, zu 22 % durch verschiedene Fürsorgeämter und 5 % aus anderen Quellen. Die Zahlungsmoral lässt offensichtlich zu wünschen übrig, denn 22 % der Fakturen sind nach Regierungsangaben noch offen.

Weil das Frauenhaus zu Beginn der Tätigkeit eine Spende von 100 000 Fr. von der Martin-Tietz-Stiftung erhalten hat, war es nicht notwendig, die von der Regierung zugesicherten Beiträge voll auszuschiütten.

## Bisher grösste Invasion in der Geschichte

Übermorgen Montag jährt sich die Invasion der Alliierten in der Normandie zum 50. Mal



Am 6. Juni 1944 starteten die Alliierten an der Küste der Normandie die bisher grösste Invasion der Geschichte. Der als sogenannte «D-Day» in die Geschichte eingegangene Invasionsbeginn war der Auftakt zur Niederschlagung der deutschen Nationalsozialisten, die Europa unter ihre totale Herrschaft zu stellen drohten. Übermorgen Montag werden zahlreiche Gedenkfeiern an diesem wichtigen Tag erinnern. Aus diesem Anlass widmen wir diesem Ereignis in unserer heutigen Ausgabe eine Sonderseite auf Seite 15. Im Bild die Landung der alliierten Truppen zwischen Cherbourg und Caen.

## Teurer Aufbau von zehn Fachhochschulen

Bern (AP) Der Umbau der fast 50 höheren Fachschulen in zehn Fachhochschulen kostet Bund und Kantone etwa 5,4 Milliarden Franken. Wie das EVD am Freitag zum Fachhochschulgesetz weiter mitteilte, dürfen die Kantone kaum mit Bundesgeldern für ihre eigenen höheren Fachschulen im Kunst- und Sozialbereich rechnen.

Der Bundesrat veröffentlichte das von ihm zuhanden des Parlaments verabschiedete Fachhochschulgesetz. Es ist Bestandteil des Revitalisierungsprogramms, wie das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) mitteilte. Mit der Reform soll die Ausbildung von hochqualifizierten Berufsleuten für Industrie und Wirtschaft verbessert und die Diplome aufgewertet werden. Auf der Grundlage des neuen Gesetzes sollen die 29 Höheren Technischen Lehranstalten (HTL), die 13 Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen (HWV) und die sieben Höheren Fachschulen für Gestaltung (HFG) in den Jahren 1996 bis 2003 zu zehn Fachhochschulen zusammengeschlossen und umgebaut werden.